



Jürgen Bohrmann (2.v.l) mit Anwohnern und den Bezirksvertretern Peter Ries(I) und Angelika Kraft-Dlangamanda (mit Hund)

RP-FOTO: OLA

R.B.B.T 25.10.2014

# Bürgerwiese soll wieder für die Anwohner da sein

**GARATH** (wa.) Es gab einmal eine Wiese, die sollten vor allem die Anwohner nutzen. Und das taten sie auch. Aber das ist lange her. Heute, 20 Jahre später, sind die Anwohner der Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße enttäuscht und sauer, was auf der Wiese passiert. Es wird von Besuchern gegrölt und gesoffen. Auch der Geruch von Brennspritus stört die Anwohner. „Die Grill-Anlage befindet sich direkt unter meiner

Wohnung“, sagt eine Bewohnerin: „Ich muss die Fenster schließen.“ Außerdem könne sie wegen des Krachs oft ihr eigenes Wort nicht verstehen.

Ihre Nachbarn stimmen zu und sprechen von ähnlichen Erfahrungen. Die Bürgerwiese nutzen die Anwohner schon lange nicht mehr und es gab zahlreiche Beschwerden. Anlass für SPD-Ratsmitglied Jürgen Bohrmann, zu einem Treffen mit

den Anwohnern einzuladen. Er wollte wissen, wo konkret der Schuh drückt, und wie man helfen könne. Die Wiese liegt in seinem Wahlbezirk. Bohrmann möchte den Kontakt zu den Bürgern pflegen. Und die kamen überraschend zahlreich zu der Veranstaltung in die Kita an der Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße, zu der auch Bezirksvorsteher Uwe Sievers eingeladen hatte. Auch die Verwaltung war mit Bezirksver-

waltungschef Uwe Sandt vertreten. Ziel war es, die Wünsche der Anwohner zu hören. Und die waren eindeutig. Es muss Regeln geben. Beispielsweise ein Alkoholverbot. Es muss Ruhezeiten geben. Und der OSD soll künftig stärker kontrollieren. „Lassen Sie sich die Namen der Störenfriede geben“, appellierte Bohrmann an die Anwesenden. „Dann können Sie sich auch beschweren.“ Auch sollen die Sträu-

cher, die dicht zugewachsen sind und sich gut als Versteck eignen, zurückgeschnitten werden. Der Bauwagen, der seit Jahren dort steht, soll ebenfalls verschwinden.

Bohrmann und die Verwaltung wollen nun ein Konzept entwickeln und einen Plan für die Bürgerwiese erstellen. Beides soll bei einer nächsten Zusammenkunft erörtert werden. Danach soll das Konzept in die politischen Gremien.